

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 10 Pf. (100 Pf. für 10 Hefen).  
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Kernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Abonnementpreise: Die 4 Spalten breite Raumgröße 20 Pf., die 4 Spalten breite Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. jährlich, die 2 Spalten breite Raumgröße im täglichen Preis 1 Reichsmark. Nachzahlungsgeld 20 Reichsmark. Druck- und Verlagskosten werden nach Möglichkeit vermieden. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 89 — 90. Jahrgang      Legt. Abdr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 17. April 1931

## Elternrecht.

Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen über das Verhalten der dortigen Behörden in Schulfragen gehören namentlich seit der Abtrennung Ost-Schlesiens zu den Alltagsfällen. Zeitlich verdrängt und verlegt, vom Völkerverbund sanktioniert, von einer besonderen deutsch-polnischen Kommission „geschützt“ sind die Rechte der Minderheiten, — aber das alles hat so wenig genügt, daß die deutschen Massenbeschwerden sich beim Völkerverbundsekretariat in Genf immer höher anhäufen. Wenig nützte es auch, wenn der Präsident jener Gemischten Schiedsgerichtskommission, Calonder, gegen die polnischen Rechtsverletzungen auf diesem Gebiete Verfügungen traf, den deutschen Minderheiten wenigstens einigermaßen zu ihren auch natürlichen Rechten zu verhelfen suchte. Jede umfangreichere oder grundsätzlicher wichtige Streitfrage — die man aber in der Zwischenzeit schnell noch möglichst kompliziert hatte — brachte Polen nach Genf über die Kommission hinweg oder, was viel öfter geschah, es hat durch völlige Nichtbeachtung der Entscheidungen Calonders die deutsche Minderheit gezwungen, mit ihrer Beschwerde nach Genf zu gehen. Da es sich dabei immer um Streitigkeiten in der Auslegung des Minderheitenschutzvertrages, also eines internationalen, in Genf „registrierten“ Abkommens handelt, ist es laut Völkerverbundstatut rechtens, daß die Entscheidung dann von und vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Haag gefällt wird. Und der hat reichlich mit diesen Streitfragen zu tun, — bloß sehr schnell geht das natürlich nicht gerade! Jahre können vergehen und sind vergangen, bis es im Haag endlich zu einer solchen Entscheidung kommt.

Auch jetzt wieder ist der Internationale Schiedsgerichtshof mit einer Angelegenheit beschäftigt, die in ihren Anfängen bis zum Jahre 1926 zurückgeht, als in Oberschlesien die polnischen Behörden einfach 5000 Kindern den Eintritt in die deutschen Minderheitenschulen trotz ausdrücklicher entsprechender Willenserklärung der Eltern verboten. Auch hier entspann sich eine überaus heftige, schließlich bis nach Genf getragene Auseinandersetzung, da sich die Polen den Entscheidungen Calonders nicht fügten. Er erreichten auch tatsächlich, daß in Genf ein besonderer Delegierter, nämlich auch ein Schweizer, mit der Aufgabe betraut wurde, in Oberschlesien die Kinder zu besuchen, um ihre deutschen Sprachkenntnisse für die Teilnahme am Unterricht in den Minderheitenschulen zu prüfen. Eine Anzahl dieser Kinder „fiel durch“, was nun den Polen die Verantwortung gab, den betreffenden Kindern nun auch in den nächsten Jahren, endgültig, den Eintritt in die deutschen Schulen zu verweigern, auch wenn sie inzwischen ihre deutsche Sprachkenntnis wesentlich vervollkommen hatten. Was man polenischerseits von Grund aus abschaffen, restlos beseitigen will, das ist das „Elternrecht“, also das von der Natur den Eltern gegebene Recht, die Art zu bestimmen, wie ihre Kinder erzogen werden sollen.

Demgegenüber verlangt der Staat, der an sich schon das Schulmonopol besitzt und die Schulpflicht dekretiert hat, auch dieses Recht für sich, — weil es sich in der Praxis eben um das natürliche und im Schutzvertrag niedergelegte Recht deutscher Eltern handelt. Der polnische Staat will die Jugend auch gegen den Willen der Eltern in polnische Weise erziehen lassen und kam daher auf den „Dreh“, alle „nicht genügend deutsch sprechende“ Kinder ohne weiteres den polnischen Staatschulen zu überweisen — als ob die Sechsjährigen etwa besser polnisch sprächen! — und diese Überweisung zu einer endgültigen zu machen. Eine Erklärung der Eltern und Vormünder, zur deutschen Minderheit zu gehören, blieb einfach unbeachtet, obwohl schon einmal das Haager Schiedsgericht entschieden hatte, daß diese Erklärung, also diese Beteiligung des „Elternrechts“, maßgebend für die „Nationalität“ und damit auch für die Wahl sei, ob das betreffende Kind in die Staats- oder in die Minderheitenschule zu geben hätte. Aber in Polen kümmert man sich weder um das geschriebene noch um das natürliche Recht, wenn dies auf Seiten der Deutschen steht. Geschrieben aber und im Haag entschieden ist es, daß die Erklärung der Eltern maßgebend sein soll, nicht aber — Sprachexamina.

Wenigstens in Preußen wird so mit der polnischen Minderheit in dieser Frage verfahren und bekanntlich ist der Staat noch weit über die Verpflichtung, den Wünschen dieser Minderheit hinsichtlich der Schule Rechnung zu tragen, durch die Heranziehung von Lehrpersonen polnischer Staatsangehörigkeit hinausgegangen. Im Januar erst konnte aber der deutsche Reichsaussenminister in Genf bei seiner Antwort auf die Angriffe Kalesis darauf verweisen, daß etwa die Hälfte aller in Preußen gegründeten polnischen Minderheitenschulen schon wieder leerstehen, weil nämlich die polnischen Eltern ihre Kinder lieber in die deutschen Schulen zu deutschen Lehrern schickten als zu ihren Landsleuten. Der Außenminister Polens hätte damals in Genf den deutschen Vorkämpfern über die Verfolgung, Drangsalierung, Rechtsverweigerung und Rechtsverweigerung gegenüber unseren Konsulaten in Oberschlesien nicht zuletzt auf dem Schulgebiet brennend gern Gegenvorwürfe gemacht, — aber er vermochte das nicht! Man kann es daher verstehen, wenn in weiten Kreisen von der polnischen Realpolitik verurteilt wurde, die geradezu an Re-

## Politische Osterferien beendet

### Brünnings Rückkehr nach Berlin.

Die nächsten Arbeiten des Reichskabinetts.  
Die Osterferien des Reichskabinetts gehen jetzt ihrem Ende entgegen. Reichskanzler Dr. Brüning hatte sich nach Abschluß der parlamentarischen Arbeiten kurz vor dem Osterfest nach Badenweiler begeben, um sich von den Strapazen seiner politischen Tätigkeit zu erholen. Mitte nächster Woche wird der Reichskanzler wieder in Berlin eintreffen, um dann die Regierungsgeschäfte wieder selbst zu übernehmen.

Große Beachtung schenkt man in politischen Kreisen der Tatsache, daß der Reichskanzler gleich nach seiner Ankunft in Berlin den amerikanischen Botschafter Sackett empfangen wird. Natürlich werden bereits allerlei Kombinationen an diesen Empfang geknüpft, ohne daß indessen von autoritativer Stelle die Vermutungen, die über die Aussprache des Reichskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter in der Öffentlichkeit verbreitet werden, ihre Bestätigung finden. Immerhin scheint der Empfang Sacketts bei Brüning politisch um so wichtiger zu sein, als der amerikanische Botschafter kurz nach dem Empfang durch den Reichskanzler Berlin für längere Zeit verlassen wird, um nach Washington zu reisen, wo er der amerikanischen Regierung über die Lage in Deutschland Bericht erstatten wird. Die Rückkehr Sacketts aus Amerika nach Berlin ist erst für Ende Juni vorgesehen.

Ende der nächsten Woche wird das gesamte Kabinett wieder vollständig beisammen sein, so daß es dann an die Ausarbeitung der gesetzgeberischen Maßnahmen herangehen kann, die es, solange der Reichstag tagt, nicht erledigen konnte. In erster Linie wird sich das Reichskabinett mit dem Gutachten der Brauns-Kommission zur Arbeitslosenfrage be-

schäftigen. Es wird angenommen, daß die Reichsregierung Verordnungen erlassen wird, die im Sinne des Gutachtens der Brauns-Kommission das Arbeitslosenproblem einer Lösung näherbringen sollen. Weiter wird das Kabinett auch Zollfragen beraten, da Reichsernährungsminister Savielle auf Grund der vom Reichstag gegebenen Vollermächtigung verschiedene Zollverordnungen verlangt.

Starke Beachtung hat in politischen Kreisen das Schreiben des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, gefunden, in dem er scharfen Einspruch gegen die Durchführung der Rotverordnung durch die preussischen Polizeibehörden erhebt, und für den Fall, daß keine Abhilfe erfolge, mit politischen Folgerungen droht. Worin diese Folgerungen bestehen sollen, wird in dem Schreiben zwar nicht mitgeteilt, es ist indessen kaum schwer zu erraten, daß die Volkspartei bei Verletzung ihrer Forderung etwa daran denkt, dem Reichskanzler die Gefolgschaft aufzulösen. Reichskanzler Dr. Brüning scheint sich im übrigen für eine Ausgleichung der Gegensätze, die bei der Durchführung des Volksbegehrens in Preußen zwischen der preussischen Regierung und dem Stahlhelm entstanden sind, einzusetzen zu haben. Auf seine Initiative dürfte es zurückzuführen sein, daß einige Maßnahmen der preussischen Polizei korrigiert worden sind, ohne daß man allerdings deswegen anzunehmen braucht, daß das Zentrum sich für das Volksbegehren des Stahlhelms einsetzt. Darauf läßt eine scharfe Rede des Führers des preussischen Zentrums, des Abg. Vögler, schließen, die er in Koblenz auf einem Parteitag des rheinischen Zentrums gehalten hat und in der er sich scharf gegen das Volksbegehren wandte.

Wie man sieht, sind die politischen Osterferien tatsächlich zu Ende, und die kommenden Frühlingswochen dürften neue politische Kämpfe bringen.

vorzugung grenzende Behandlung der polnischen Minderheitenfragen entsprechend zu korrigieren, bis in Polen der deutschen Minderheit wenigstens ihr Recht wird; aber auch darauf hat sich die preussische Verwaltung nicht eingelassen. Um so schärfer ist zu fordern, daß der neue Schiedspruch im Haag nun endlich — besser als beim vorigen Mal — klares und unzweideutiges Recht den Deutschen in Polen verschafft und das von der Natur verliehene Elternrecht gegenüber einem rechtsbeugenden Nationalismus unbedingt zur Geltung bringt.

## Die Rote Curtius'.

Der Eindruck in Genf.

Die Rote des Reichsaussenministers Dr. Curtius hat in Genf Völkerverbundkreisen höchste Beachtung gefunden. Man stellt übereinstimmend fest, daß die deutsche Regierung das deutsch-österreichische Zollabkommen beim Punkt 3 der Tagesordnung des Europäischen Ausschusses — Weltwirtschaftsfragen — zur Sprache bringen will, wodurch unangenehme Ausprägung über das Zollabkommen in die Behandlung der allgemein europäischen Wirtschaftsprobleme eingeblendet wird. Der sachliche Vorschlag in der deutschen Note, die gegenwärtigen europäischen Zollverhältnisse nach dem Scheitern der Genfer Zollwaffenstillstandsverhandlungen, sowie das System der Vorzugszölle im Europäischen Ausschuss zur Sprache zu bringen, wird dahin ausgelegt, daß die deutsche Regierung von neuem bekräftigt sei, die bisher gescheiterte Verlegung des Völkerverbundes zu einer allgemeinen Senkung der europäischen Zolltarife und wirtschaftlichen Verständigung zwischen den europäischen Staaten anzuknüpfen und damit über das deutsch-österreichische Zollabkommen hinaus die gesamten europäischen Wirtschaftsprobleme in den Vordergrund zu rücken.

Man erwartet daher, daß das Schwerkgewicht der Verhandlungen über das deutsch-österreichische Zollabkommen nicht, wie auf englischer und französischer Seite beabsichtigt, in den Beratungen des Völkerverbundes, sondern vielmehr in der wirtschaftspolitischen Aussprache des Europäischen Ausschusses liegen wird.

Da die Tagesordnung des Europäischen Ausschusses diesmal außerordentlich überlastet ist, so rechnet man mit einer längeren Ausdehnung der am 15. Mai beginnenden Tagung des Europäischen Ausschusses, so daß eine Fortsetzung der Verhandlungen des Europäischen Ausschusses nach dem Schluß der Ratstagung stattfinden wird.

Im Gegensatz zu der Januartagung soll diesmal eine gleichzeitige Sitzung des Europäischen Ausschusses und des Völkerverbundes nicht stattfinden.

## Der Plan Briands gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen vor der Fertigstellung?

Paris, 17. April. In gut unterrichteten Kreisen spricht man zurzeit sehr viel von Verhandlungen, die Außenminister Briand mit den diplomatischen Vertretern Polens und der kleinen Entente geführt hat, die zum Ziele hatten, dem deutsch-österreichischen Plan einen Gegenplan gegenüberzustellen, um der Erweiterung des Zollabkommens von vornherein den Weg zu versperren. Diese Besprechungen, die angeblich in voller Übereinstimmung mit Rom und London geführt worden sind, sollen nunmehr in ein abschließendes Stadium eingetreten sein. Man

bekam am Donnerstag in politischen Kreisen, daß eine grundsätzliche Verständigung zwischen den einzelnen Staaten zustande gekommen ist und daß die Aufstellung eines gemeinsamen Gegenplanes bereits in den nächsten Tagen zur Tatfache würde. Wie der endgültige Plan, den man in Genf unterbreiten will, aussehen wird, ist noch nicht bekannt.

## Der konservative Mißtrauensantrag abgelehnt.

London, 17. April. Der konservative Mißtrauensantrag gegen die Regierung Macdonald wurde mit 305 gegen 251 Stimmen abgelehnt. Das Ergebnis wurde mit lautem Beifall auf den Regierungsbänken aufgenommen.

In der vorangegangenen Aussprache hatte der konservative Abgeordnete Sir Robert Horne verlangt, daß Ausland von England Waren von mindestens demselben Wert kaufen sollte, den England für russische Waren bezahle. Macdonald erklärte darauf, daß eine Annahme des konservativen Antrages gleichbedeutend mit der Zollschuttpolitik sei. Die Zusammenarbeit mit den Liberalen werde fortbauen. Er lade aber auch die Konservativen ein, ihm sachverständige Vorschläge zur Hebung der Arbeitslosigkeit zu machen. Der konservative Neville Chamberlain warf Lloyd Georges vor, daß er sich bei seiner Entscheidung, die Regierung zu unterstützen, nur von parteipolitischen Gesichtspunkten habe leiten lassen. Es habe aufeinander auf Lloyd Georges einen starken Eindruck gemacht, daß die Liberalen in den letzten 6 Nachwahlen Stimmen verloren hätten. Chamberlain hielt der Regierung vor, daß sie tatsächlich keine Arbeitspolitik treibe, sondern einfach auf eine Besserung der Weltlage warte. Der Transportminister Kitchin die Aussprache im Namen der Regierung mit der Bemerkung, daß die Aussprache eigentlich kaum ein anderes Ergebnis gehabt habe, als der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nochmals eingehend ungehemmt darzulegen und die Unfruchtbarkeit der konservativen Politik zu beweisen.

## Die nächste Sitzung des Reichskabinetts.

Voraussichtlich am 23. April.

Die nächste Sitzung des Reichskabinetts wird voraussichtlich am 23. April stattfinden. Man rechnet damit, daß in dieser Sitzung bereits die Agrarzollfragen besprochen werden, die vor kurzem Gegenstand einer Unterredung zwischen dem Staatssekretär in der Reichsanzelei Dr. Bänder und Vertretern der Landvolkfraktion gewesen sind.

## Ein eigenartiger Aufruf.

Deutsche Flüchtlinge aus Kriegsgefangenenlagern gesucht.  
Von der englischen Rundfunkgesellschaft geht zurzeit eine lebhaft suchende nach Deutschen aus, denen es gelungen ist, während des Krieges aus englischen Gefangenenlagern zu entfliehen. Es ist geplant, eine Reihe solcher Selbstretter ebemaliger deutscher Militärpersonen zu veröffentlichen, doch hat die Gesellschaft bisher keine entsprechenden Personen ausfindig machen können.